



August 2010

**Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und fünf Tageszeitungen**

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Untersuchungsanlage	1
Analyse	3
Zusammenfassung.....	4
Große Mehrheit besteht auf Rentengarantie	5
Mehrheit gegen Erleichterung des Zuzugs ausländischer Fachkräfte	6
Wirtschaftslage: Angesichts positiver Signale aus der Wirtschaft zunehmender Optimismus bei der Bevölkerung.....	7
Trotz verbesserter Grundstimmung weiterhin Sorgen wegen Wirtschafts- und Finanzkrise	9
Große Unterstützung für Forderung der Gewerkschaften nach Teilhabe am Aufschwung.....	10
Atom-Energie: Deutsche halten am Ausstieg fest	11
Geteiltes Meinungsbild über Angemessenheit der Hartz-IV-Sätze	13
Mehrheit unterstützt Pläne von der Leyens für Gutscheinsystem.....	14
Weiterhin hohe Unzufriedenheit mit Schwarz-Gelb	15
Bewertung des Bundeskabinetts: Bundeskanzlerin und Vizekanzler im Ansehenstief, 8 von 15 Ministern mit negativer Leistungsbilanz	16
Guter Start ins Amt für Bundespräsident Christian Wulff.....	18
Sonntagsfrage: Union und SPD erstmal seit November 2006 gleichauf	19
Mehrheit plädiert für eine SPD-geführte Bundesregierung	21

Untersuchungsanlage

ARD - DeutschlandTREND August 2010

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und fünf Tageszeitungen

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit:	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe:	Repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe	
Autor:	Jörg Schönenborn (WDR)	☎ 0221 / 220 - 1800
Redakteur WDR:	Ingmar Cario (WDR)	☎ 0221 / 220 - 1800
Wissenschaftliche Betreuung/Durchführung:	Jürgen Hofrichter	☎ 030 / 533 22 - 119
Erhebungsverfahren:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl:	1.000 Befragte Sonntagsfrage: 1.500 Befragte	
Erhebungszeitraum:	02. bis 03. August 2010 Sonntagsfrage 02. bis 04. August 2010	
Fehlertoleranz:	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer	☎ 030/533 22 - 113
	Reinhard Schlinkert	☎ 0228/329 69 - 3

Berlin, August 2010
67.10.112390

Analyse

Zusammenfassung

Eine große Mehrheit der Bevölkerung (82 Prozent) lehnt die von Wirtschaftsminister Brüderle vorgeschlagene Abschaffung der noch von der großen Koalition beschlossenen Rentengarantie ab. Auch der Forderung nach der Erleichterung des Zuzugs ausländischer Fachkräfte, die laut Wirtschaft für den Aufschwung dringend benötigt werden, erteilt die Mehrheit der Bürger (68 Prozent) eine Absage. In der Diskussion um die Höhe der Hartz IV-Sätze sind die Meinungen geteilt: Etwas mehr als die Hälfte betrachtet die Leistungen als angemessen (45 Prozent) bzw. zu hoch (9 Prozent), vier von zehn (41 Prozent) halten das Niveau für zu niedrig. Die Pläne von Arbeitsministerin von der Leyen, über ein Gutscheinsystem Kinder in Hartz IV-Haushalten direkt zu fördern, stoßen auf große Unterstützung (83 Prozent). In der Frage des Atomausstiegs will die Mehrheit am ursprünglichen Zeitplan des Ausstiegs festhalten bzw. sofort aussteigen. Der Vorschlag von Umweltminister Röttgen, die Laufzeiten um 8 Jahre zu verlängern, wird von 15 Prozent unterstützt, 29 Prozent sprechen sich gegen eine feste zeitliche Begrenzung von Laufzeiten aus.

Die wirtschaftliche Grundstimmung hat sich angesichts des Aufwärtstrends vieler ökonomischer Indikatoren deutlich verbessert, allerdings gehen 73 Prozent der Deutschen davon aus, dass die Krise noch nicht ausgestanden ist. Mehr als die Hälfte (55 Prozent) fürchtet um die Sicherheit der eigenen Ersparnisse und drei von zehn Berufstätigen (29 Prozent) sorgen sich um den Verlust ihres Arbeitsplatzes. Zu dieser Unsicherheit kommt hinzu, dass sich in den letzten Jahren offenbar der Eindruck verfestigt hat, dass in erster Linie die Unternehmen (77 Prozent) und nicht die Beschäftigten von einem wirtschaftlichen Aufschwung profitieren. Vor diesem Hintergrund findet die Forderung der Gewerkschaften, über Lohnerhöhungen die Teilhabe am Aufschwung zu ermöglichen, große Unterstützung (71 Prozent).

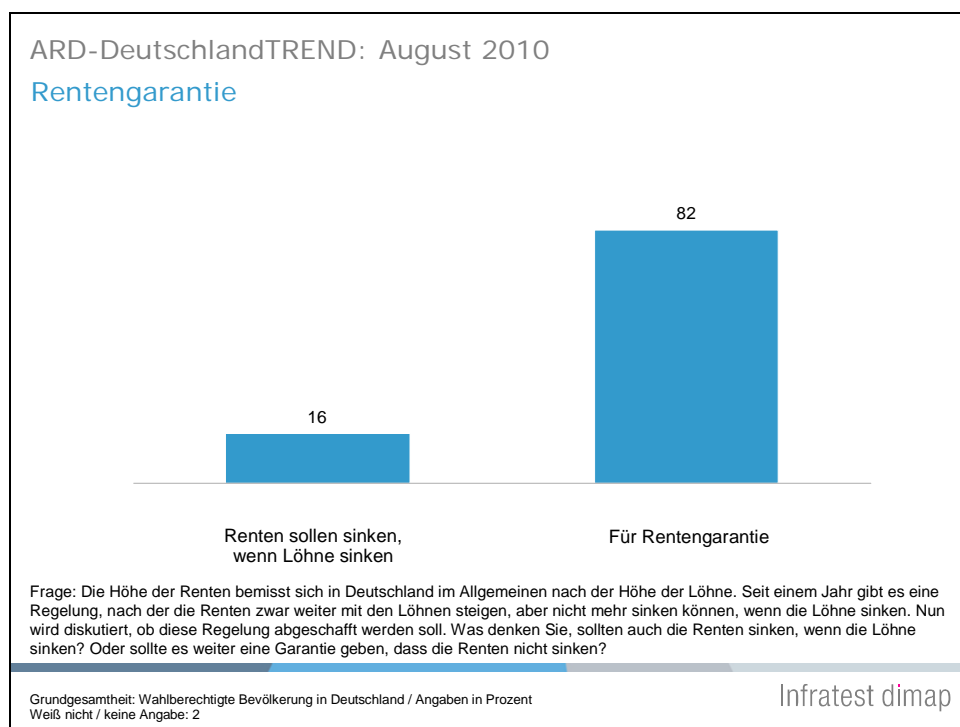
Die gesamte Bundesregierung (16 Prozent Zustimmung) sowie die Kanzlerin (41 Prozent) und der Vizekanzler (22 Prozent) verharren im Ansehentief, und 8 der 15 Minister verzeichnen eine negative Leistungsbilanz. Wie die kontroversen regierungsinternen Debatten z.B. zum Thema Rentengarantie zeigen, gelingt es der Regierung derzeit nicht, der daraus resultierenden Unsicherheit in Bezug auf eine Reihe zentraler Politikfelder sowie dem Eindruck mangelnder Geschlossenheit entgegenzutreten. Daher kann sie auch nicht von der besseren wirtschaftlichen Grundstimmung profitieren und verzeichnet in der Sonntagsfrage die geringste Unterstützung seit ihrem Amtsantritt. Die Unionsparteien müssten im Vergleich zum Vormonat 2 Punkte abgeben und kämen auf 31 Prozent. Da die SPD um einen Punkt auf ebenfalls 31 Prozent zulegt, liegen Unionsparteien und SPD erstmals seit November 2006 wieder gleichauf. Die Grünen lägen unverändert bei 17 Prozent, die Liberalen bei 5 Prozent. Die Linkspartei käme auf 10 Prozent. Die Sonstigen würden zusammen 6 Prozent (+1) erzielen. In der Konsequenz wünschen sich vier von zehn Wahlberechtigten (42 Prozent) einen politischen Wechsel und plädieren aktuell für eine SPD-geführte Bundesregierung. Nur drei von zehn (32 Prozent) setzen dagegen weiterhin auf eine führende Rolle der Union.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND vom August, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und von fünf Tageszeitungen erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 02. bis 04. August 1.000, für die Sonntagsfrage 1.500 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

Große Mehrheit besteht auf Rentengarantie

Die noch von der Großen Koalition im Jahr 2009 verabschiedete Rentengarantie greift erstmalig im laufenden Jahr: die Renten werden nicht sinken, wenn die Löhne sinken, steigen aber bei steigenden Löhnen. Forderungen, diese Sicherungsklausel wieder abzuschaffen – wie aktuell von Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle und Vertretern der Wirtschaft vorgebracht – stoßen kaum auf Zustimmung in der Bevölkerung: Nur jeder sechste Deutsche (16 Prozent) meint, die Renten sollten in jeder Hinsicht an die Lohnentwicklung gekoppelt werden, d.h. auch ein Absenken sollte möglich sein.

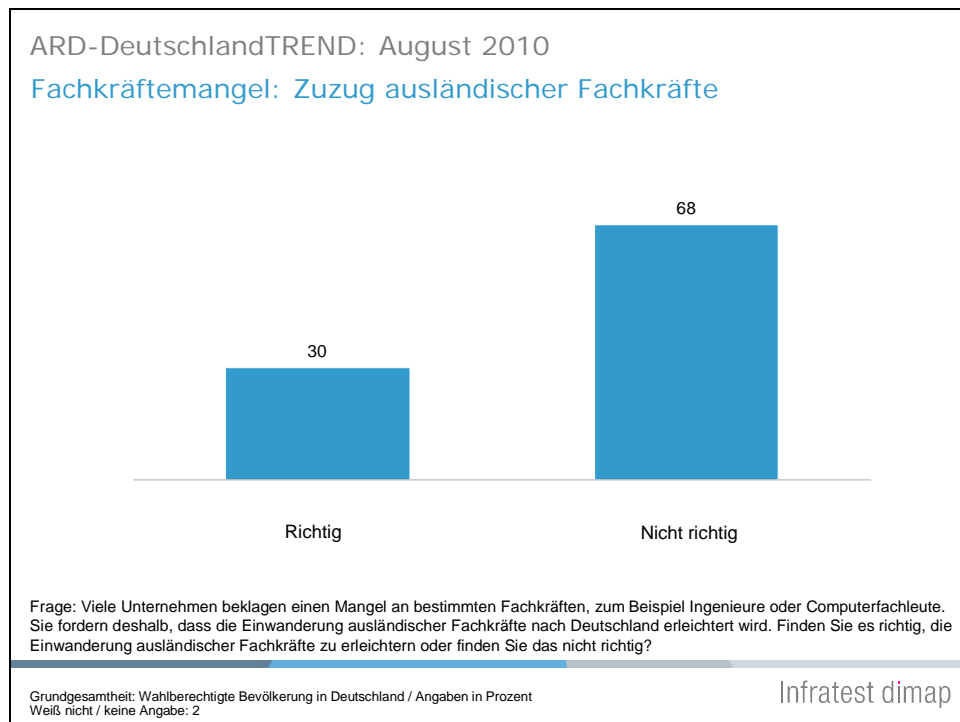
Die große Mehrheit (82 Prozent) der Bevölkerung besteht jedoch in allen Bevölkerungsgruppen und Parteianhängerschaften auf dem Fortbestand der Rentengarantie – d.h. auch die jüngeren und mittleren Generationen, die die Rentenbeiträge aufbringen müssen. Besonders stark wird sie von jenen verteidigt, die bereits heute von stabilen Bezügen profitieren – also von den Rentnern – und von jenen, die im künftigen Ruhestand bereits ohne Kürzungen mit niedrigen Renten rechnen müssen – also von einkommensschwachen Bevölkerungsschichten.



Mehrheit gegen Erleichterung des Zuzugs ausländischer Fachkräfte

Die Diskussion um den Zuzug ausländischer Fachkräfte zum deutschen Arbeitsmarkt wird seit vielen Jahren geführt. Einerseits wird auf Studien verwiesen, die für Deutschland wegen der kommenden geburtenschwachen Jahrgänge und vieler Defizite im Bildungs- und Fortbildungssystem einen schwerwiegenden Mangel an bestimmten Fachkräften wie Ingenieuren und IT-Spezialisten prognostizieren. Andererseits wird argumentiert, der Fachkräftemangel könne über eine deutlich verbesserte Ausbildung der einheimischen Jugend – vor allem auch der mit Migrationshintergrund – erfolgen. Dazu sollen vermehrte Anstrengungen bei der beruflichen Qualifizierung von Beschäftigten und auch von Arbeitslosen erfolgen – insbesondere angesichts einer Zahl von über 3 Millionen Arbeitssuchenden.

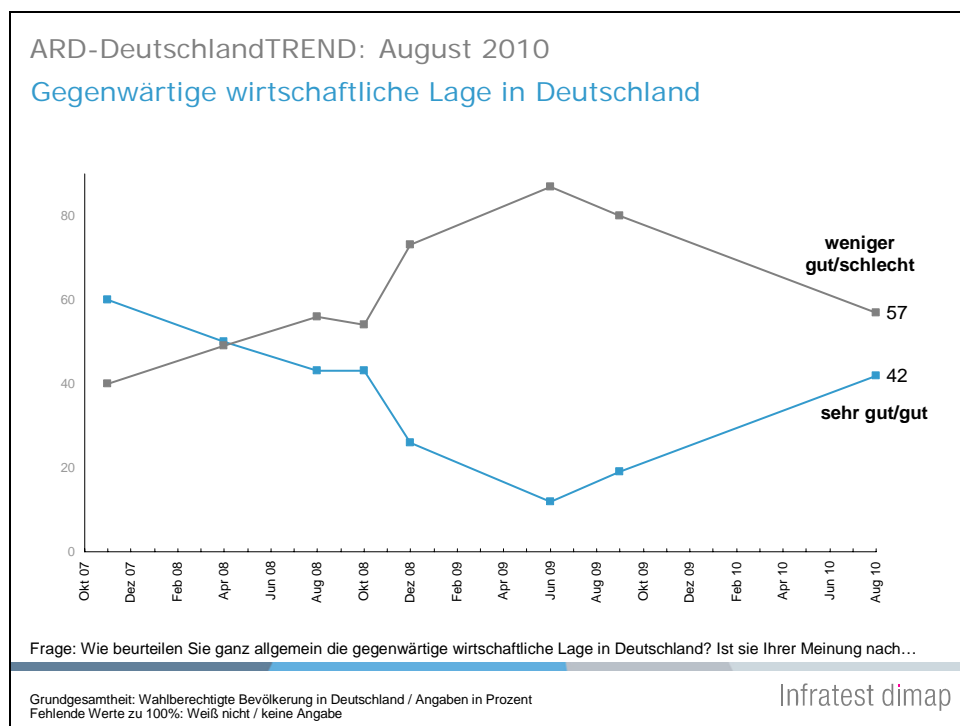
Aktuell plädiert eine Mehrheit von 68 Prozent dagegen, die Einwanderung ausländischer Fachkräfte nach Deutschland zu erleichtern, und stützt damit das Plädoyer für eine bessere Aus- und Weiterbildung einheimischer Arbeitskräfte. Eine Minderheit von 30 Prozent spricht sich dafür aus, die für den wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland benötigten Fachkräfte möglichst kurzfristig aus dem Ausland zu holen.



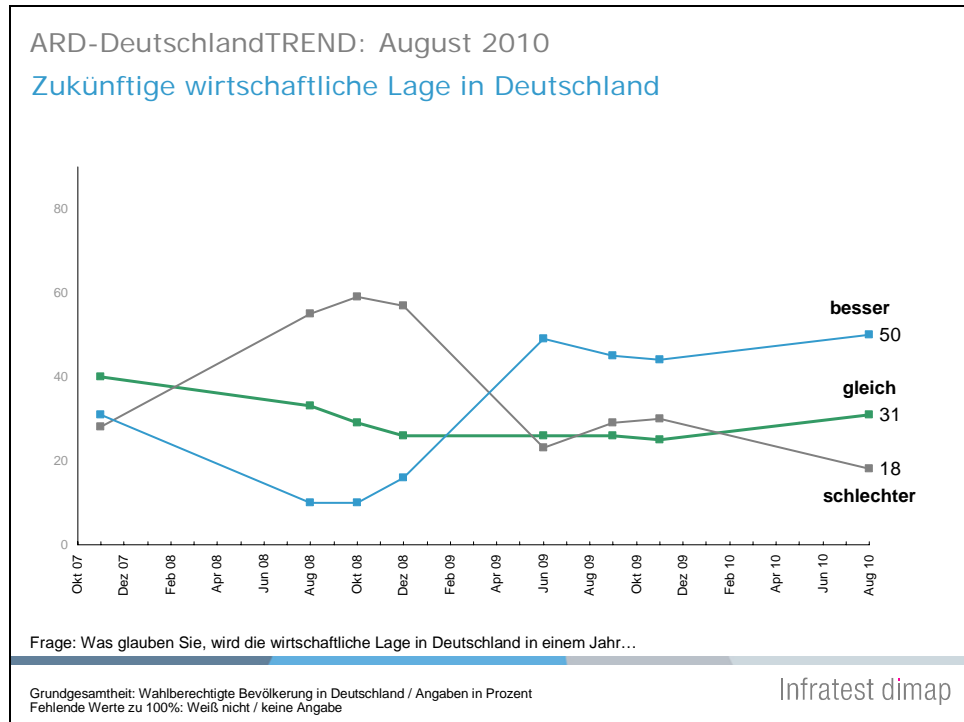
Während bei den Anhängern von Grünen und FDP die Meinungen geteilt sind, sprechen sich die Anhänger von Union, SPD und Linken jeweils mehrheitlich gegen den schnellen Zuzug von Fachkräften aus. Besonders ausgeprägt ist die Ablehnung der Zuwanderung bei Arbeitslosen, gering Qualifizierten und Arbeitern.

Wirtschaftslage: Angesichts positiver Signale aus der Wirtschaft zunehmender Optimismus bei der Bevölkerung

Die Diskussion um den Zuzug ausländischer Fachkräfte basiert vor allem auf der unerwartet schnellen Erholung der Wirtschaft. Auch die Bevölkerung beurteilt angesichts guter Nachrichten aus der Wirtschaft und vom Arbeitsmarkt die wirtschaftliche Lage in Deutschland deutlich positiver als vor Jahresfrist. Aktuell sehen insgesamt 42 Prozent die konjunkturelle Lage positiv (2 Prozent „sehr gut“, 40 Prozent „gut“). Damit hat sich die wirtschaftliche Grundstimmung seit September letzten Jahres erheblich verbessert, auch wenn nach wie vor die Mehrheit (57 Prozent) zu einer kritischen Einschätzung kommt.

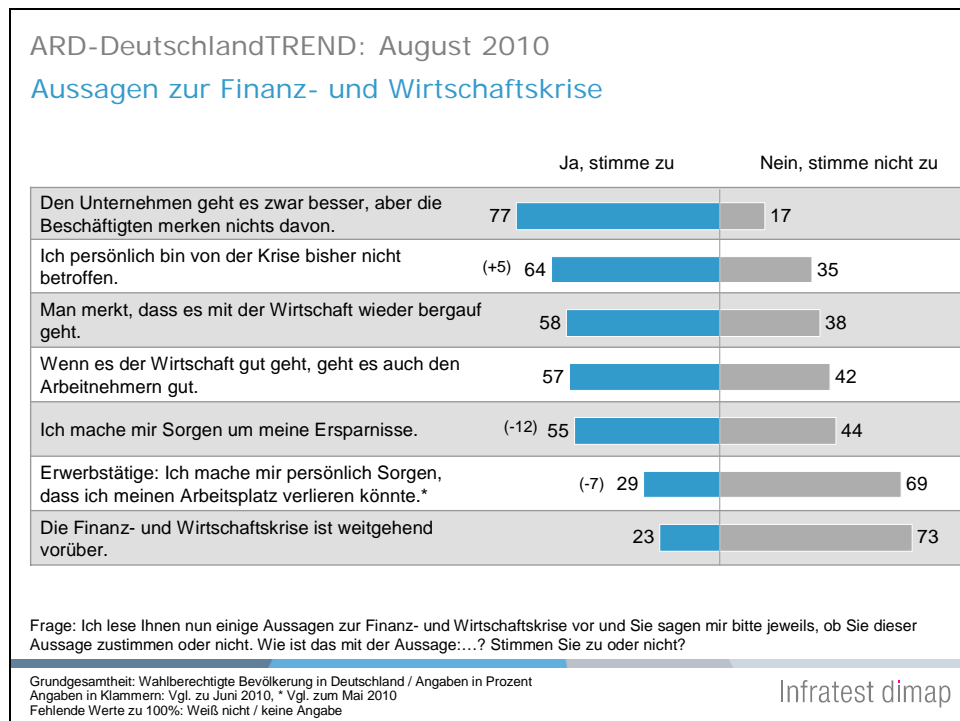


Auch die Erwartungen an die weitere konjunkturelle Entwicklung fallen deutlich optimistischer aus. Sowohl der Anteil derjenigen, die eine weitere Verbesserung der Lage erwarten, als auch der Anteil derjenigen, die zumindest davon ausgehen, dass die Lage etwa gleich bleibt, ist gestiegen, während die pessimistischen Einschätzungen deutlich zurückgehen.



Trotz verbesserter Grundstimmung weiterhin Sorgen wegen Wirtschafts- und Finanzkrise

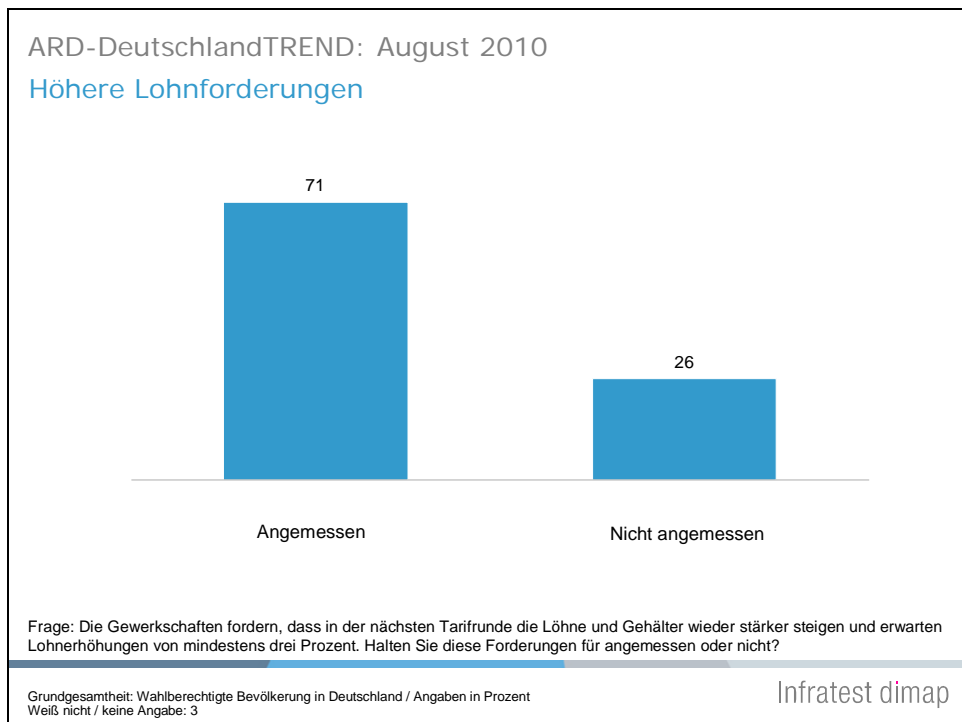
Angesichts der verbesserten Grundstimmung und der Aufwärtstrends vieler ökonomischer Indikatoren ist eine Mehrheit (58 Prozent) der Ansicht, dass es mit der Wirtschaft wieder aufwärts geht. Allerdings glaubt nur eine Minderheit (23 Prozent), dass die Wirtschafts- und Finanzkrise bereits ausgestanden ist. Mehr als die Hälfte (55 Prozent) fürchtet weiterhin um die eigenen Ersparnisse und drei von zehn Berufstätigen (29 Prozent) machen sich Sorgen um einen Verlust ihres Arbeitsplatzes. Allerdings sind sowohl die beruflichen Sorgen als auch die Sorge um die persönlichen Ersparnisse zurückgegangen, und etwa zwei Drittel (aktuell 64 Prozent) fühlen sich weiterhin von der Krise nicht persönlich betroffen.



Dass das Bild angesichts der guten Konjunkturdaten nicht positiver ausfällt, dürfte damit zusammen hängen, dass die Menschen zum einen unsicher sind, ob der positive Trend, der ja im Wesentlichen vom Export getrieben ist, anhält. Zum anderen wird aus Sicht der Binnenkonjunktur nicht mehr automatisch davon ausgegangen, dass eine bessere Wirtschaftsentwicklung auch den Beschäftigten nutzt. Zwar glauben 57 Prozent, dass letztlich auch die Arbeitnehmer von dem wirtschaftlichen Aufwärtstrend profitieren werden, aber 42 Prozent bezweifeln dies angesichts der andauernden Diskussionen um Aufstocker und Niedriglöhne. In den letzten Jahren hat sich offenbar der Eindruck verfestigt, dass in erster Linie die Unternehmen (77 Prozent) und nicht die Beschäftigten von einem wirtschaftlichen Aufschwung profitieren.

Große Unterstützung für Forderung der Gewerkschaften nach Teilhabe am Aufschwung

Vor diesem Hintergrund der Einschätzung, dass die Arbeitnehmer in den letzten Jahren nur unzureichend am Zuwachs der Produktivität beteiligt wurden, stoßen die Forderungen der Gewerkschaften nach einer Beteiligung der Beschäftigten am Aufschwung durch entsprechende Lohnerhöhungen auf eine breite Unterstützung in der Bevölkerung. Sieben von zehn (71 Prozent) halten die Forderungen der Gewerkschaften nach Lohnzuwächsen von mindestens drei Prozent im Rahmen der nächsten Tarifrunden für angemessen.

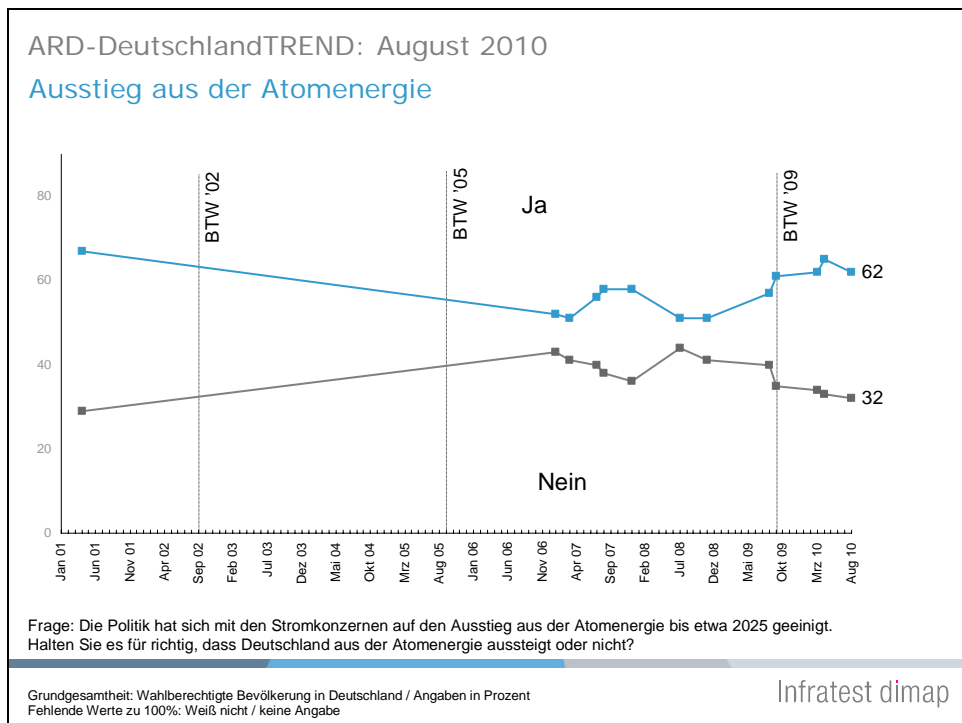


Die Position der Gewerkschaften wird in allen Bevölkerungsgruppen und in den Anhängerschaften aller Parteien von deutlichen Mehrheiten unterstützt.

Atom-Energie: Deutsche halten am Ausstieg fest

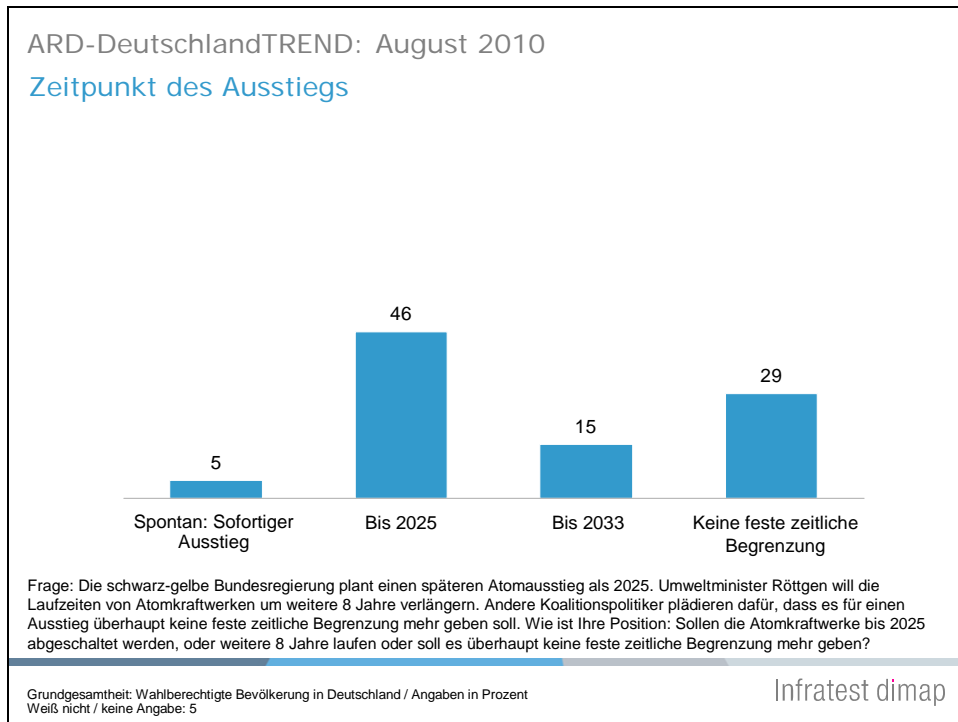
Der von der rot-grünen Bundesregierung mit der Stromwirtschaft vereinbarte Ausstieg aus der Atomverstromung wird von den Bundesbürgern seit längerem mehrheitlich unterstützt: Aktuell sprechen sich etwa sechs von zehn (62 Prozent) für den Abschied von der Kernenergie bis zum aktuell diskutierten Termin im Jahr 2025 aus. Ein Drittel (32 Prozent) befürwortet dagegen eine darüber hinaus gehende Nutzung der Kernenergie.

Die Anhänger der Oppositionsparteien stehen mit großer Mehrheit hinter dem Ausstiegsbeschluss – insbesondere bei den Grünen sind die Reihen bei diesem für die Ökopartei zentralen Thema dicht geschlossen. Bei den Anhängern von Union und FDP sind die Meinungen geteilt.



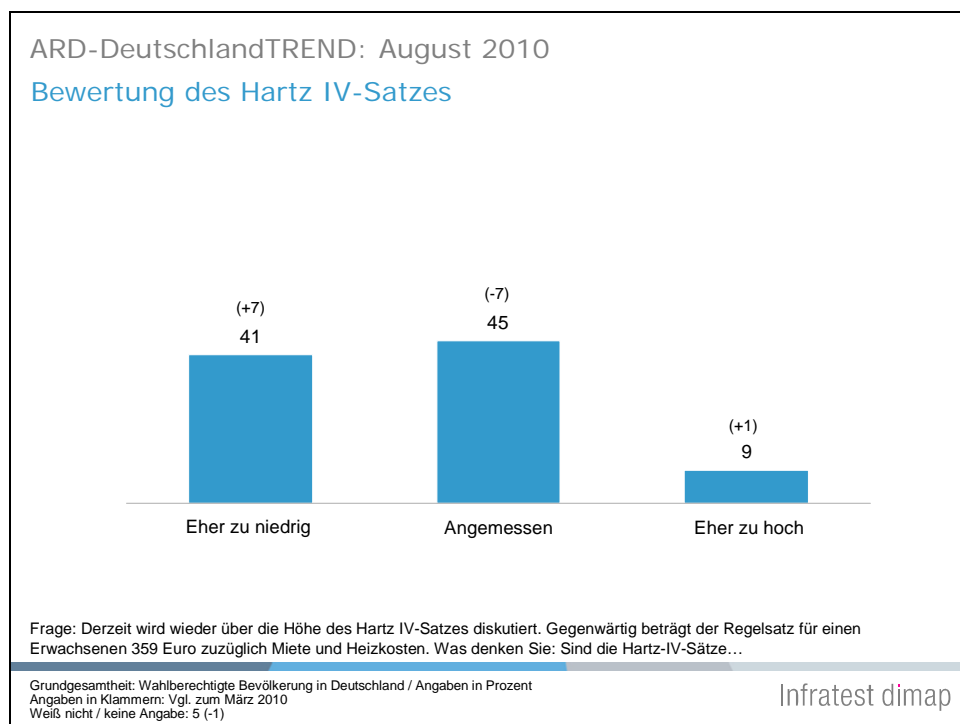
Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag vorgesehen, den Atomausstieg auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Dieses Thema birgt unions- wie koalitionsinternes Konfliktpotenzial, wie in den verschiedenen Positionen der letzten Wochen deutlich wurde. CDU-Umweltminister Norbert Röttgen befürwortet eine Laufzeitverlängerung um 8 Jahre bis etwa 2033, andere Koalitionspolitiker sprechen sich gegen eine feste zeitliche Begrenzung der Laufzeiten aus.

Auch im Licht der aktuellen Verlängerungsdebatte plädiert eine Mehrheit (51 Prozent) für den bis etwa 2025 vereinbarten Ausstieg (46 Prozent) bzw. spricht sich spontan für den sofortigen Ausstieg aus (5 Prozent). Die von Röttgen vorgeschlagene Laufzeitverlängerung um 8 Jahren unterstützen 15 Prozent. Damit plädieren zwei Drittel der Deutschen für einen Ausstieg in den nächsten 20-25 Jahren und eine Minderheit von 29 Prozent für eine weitere Nutzung der Kernkrafttechnologie ohne eine klare zeitliche Begrenzung. Auch in den Reihen von Union und FDP gibt es dafür keine Mehrheit.



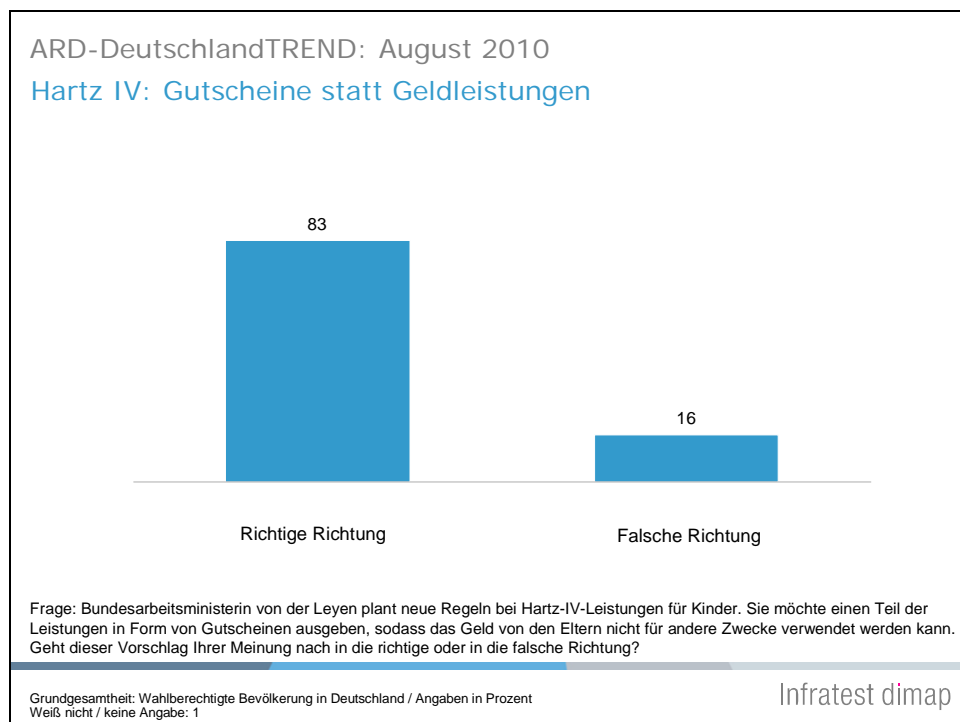
Geteiltes Meinungsbild über Angemessenheit der Hartz-IV-Sätze

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom Februar zu einer Neuberechnung der staatlichen Fürsorgesätze wird intensiv über den Umbau von Hartz IV diskutiert. Bei der grundsätzlichen Bewertung der Hartz IV-Sätze sind die Meinungen der Bundesbürger geteilt: 41 Prozent halten den aktuellen Satz von 359 Euro zzgl. Miete und Heizkosten für zu niedrig. Für ebenso viele (45 Prozent) ist das Hartz-IV-Niveau dagegen insgesamt angemessen. Einer von Zehn sieht die Unterstützungsleistung als zu hoch an (9 Prozent). Seit April ist damit der Anteil derjenigen, die den Eindruck haben, dass die Sätze zu niedrig sind, angestiegen.



Mehrheit unterstützt Pläne von der Leyens für Gutscheinsystem

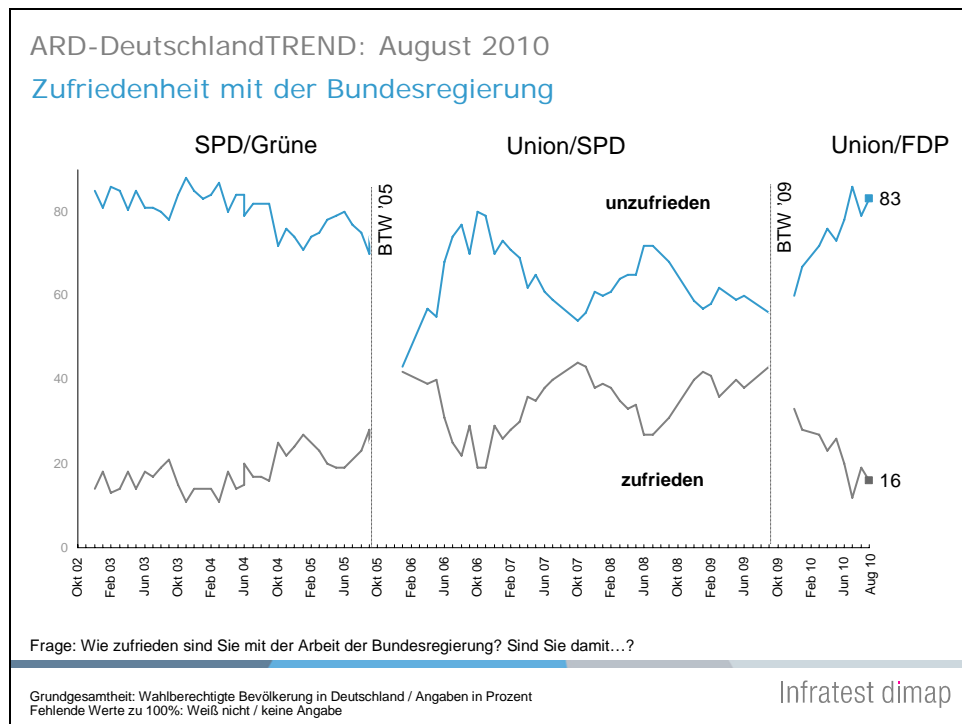
Während im Hinblick auf die Höhe der Hartz IV-Sätze die Meinungen geteilt sind, kann Arbeitsministerin Ursula von der Leyen auf eine breite Unterstützung für ihr Vorhaben rechnen, ein Gutscheinsystem für die bessere Förderung von Kindern in Hartz IV-Haushalten umzusetzen. Eine große Mehrheit der Befragten (83 Prozent) unterstützt ihre Pläne, einen Teil der staatlichen Leistungen für Kinder durch die Ausgabe von Teilhabe- und Bildungsgutscheinen zu erbringen, anstatt Geld an die Eltern auszuzahlen. Nur eine Minderheit von 16 Prozent sieht dieses Vorhaben kritisch.



Weiterhin hohe Unzufriedenheit mit Schwarz-Gelb

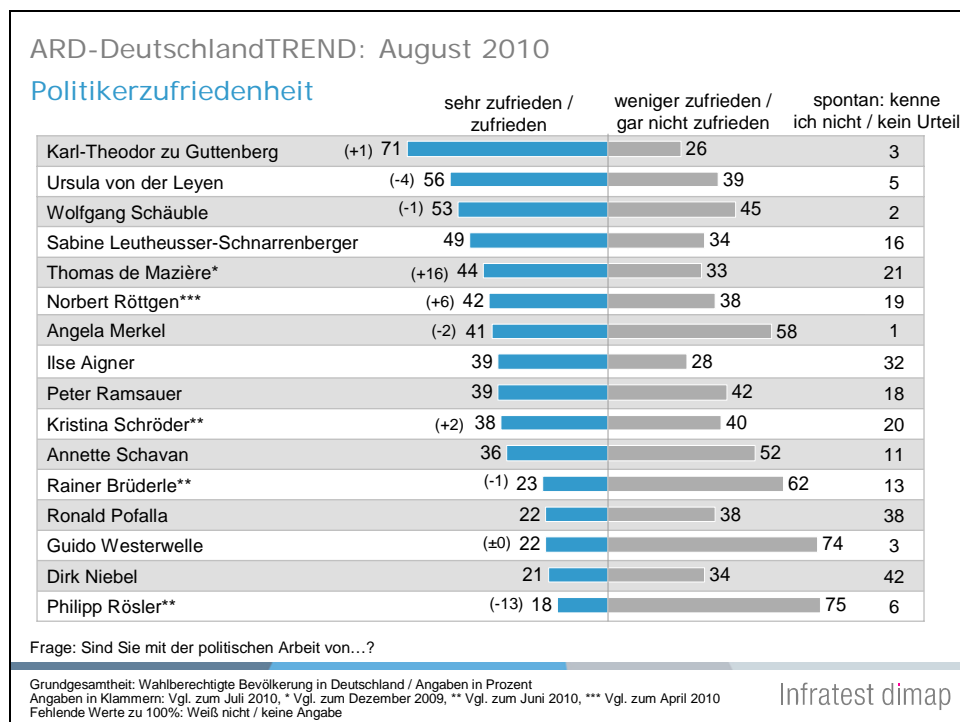
Obwohl die Parteiführungen der Koalitionsparteien wiederholt eine bessere Abstimmung und Kommunikationsdisziplin einforderten, vertreten verschiedene Koalitionspolitiker in den aktuellen Debatten zu Themen wie Rentengarantie, Erleichterung des Zuzugs ausländischer Fachkräfte sowie in der Frage der Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken weiterhin konträre Positionen.

Die daraus resultierende Unsicherheit in Bezug auf eine Reihe zentraler Politikfelder sowie der Eindruck mangelnder Geschlossenheit schlagen sich weiterhin negativ auf das Erscheinungsbild der Bundesregierung nieder, das derzeit nur von 16 Prozent positiv bewertet wird. Dies ist der zweitniedrigste Wert seit Antritt der schwarz-gelben Koalition im vergangenen Herbst. Aktuell äußern sich mehr als acht von zehn (83 Prozent) unzufrieden, auch in den Reihen der Koalitionsparteien überwiegen die negativen Urteile deutlich.



Bewertung des Bundeskabinetts: Bundeskanzlerin und Vizekanzler im Ansehentief, 8 von 15 Ministern mit negativer Leistungsbilanz

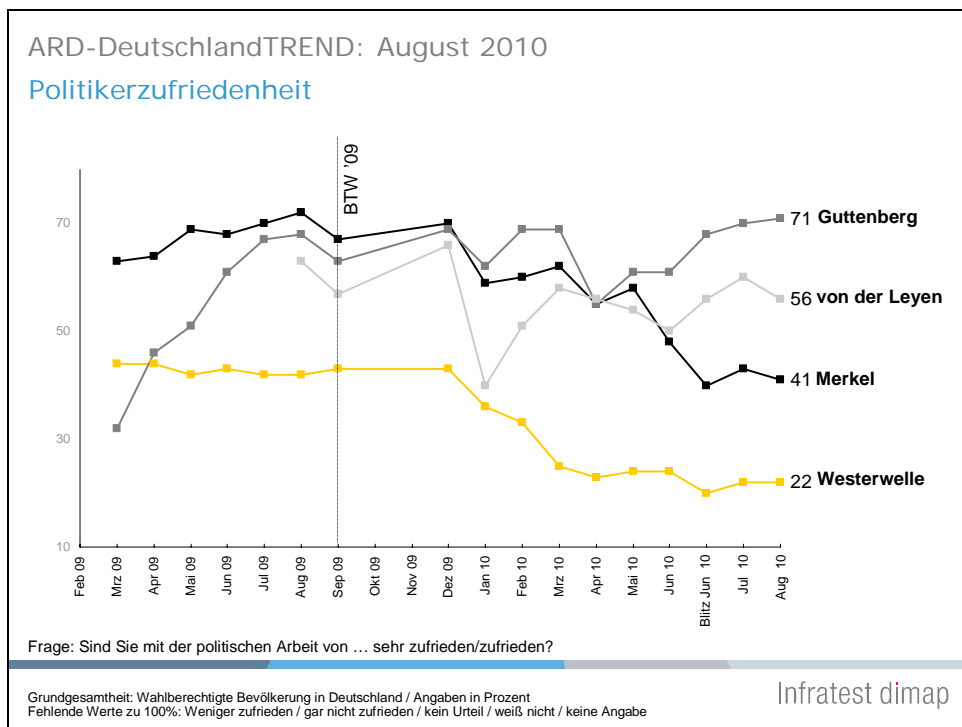
Sowohl das Kabinett insgesamt als auch Kanzlerin und Vizekanzler verharren im Ansehentief. Wie in den beiden Vormonaten sind nur vier von zehn Bundesbürgern (aktuell 41 Prozent) mit der Amtsführung von Angela Merkel zufrieden. Sie verzeichnet damit den geringsten Rückhalt für ihre Person in den letzten fünf Jahren. Auch der FDP-Vizekanzler und Bundesaußenminister Guido Westerwelle kann sein Image nicht verbessern und wird wie zuletzt lediglich von jedem fünften Wahlberechtigten (22 Prozent) positiv bewertet.



Beliebtster Minister und damit wie im Vormonat Haupt-Sympathieträger im schwarz-gelben Kabinett ist Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg, der mit 71 Prozent (+1) seinen bisher besten Wert im DeutschlandTREND erreicht. An zweiter Stelle folgt Arbeitsministerin Ursula von der Leyen, die leichte Einbußen hinnehmen muss (56 Prozent, -4). Finanzminister Wolfgang Schäuble folgt auf Rang 3 (53 Prozent, -1). Auf den nächsten Plätzen liegen Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (49 Prozent), Innenminister Thomas de Mazière (44, +16), der sein Ansehen im Vergleich zur letzten Messung im Dezember deutlich verbessern konnte. Umweltminister Norbert Röttgen wird ähnlich bewertet (42 Prozent, +6) wie die Bundeskanzlerin. Im hinteren Mittelfeld rangieren Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner (36 Prozent) und Verteidigungsminister Peter Ramsauer (je 39 Prozent) zusammen mit Familienministerin Kristina Schröder (38 Prozent, +2) und Kultusministerin Annette Schavan (36 Prozent).

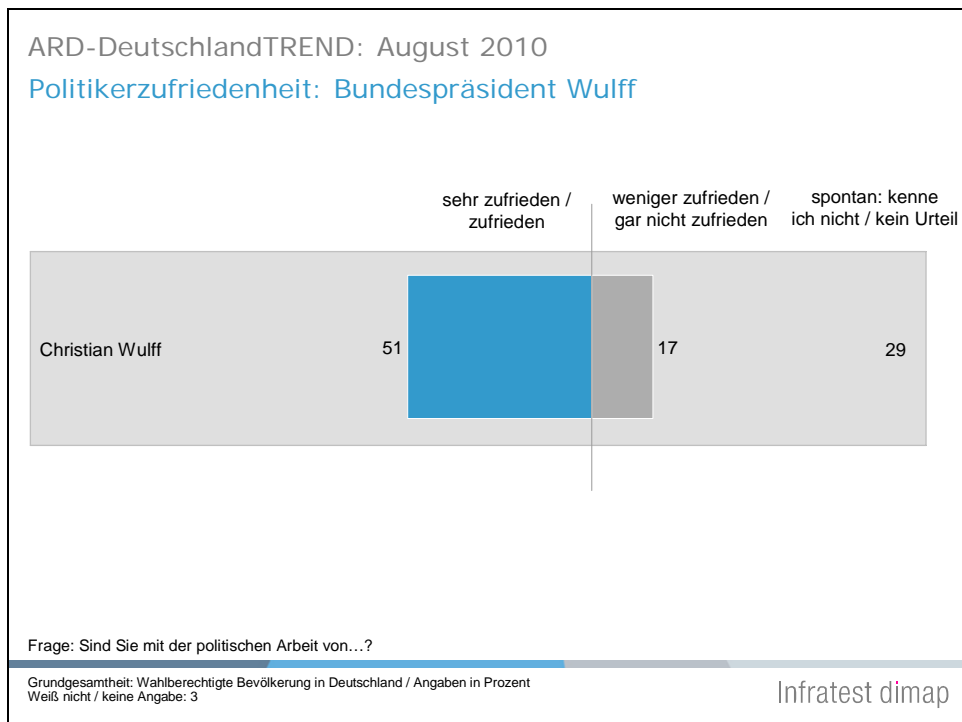
Am Ende der Rangliste liegen die vier FDP-Minister und Kanzleramtsminister Ronald Pofalla. Wirtschaftsminister Rainer Brüderle kommt dabei auf 23 Prozent (-1) Zustimmung, der Kanzleramtsminister auf 22 Prozent und Entwicklungsminister Dirk Niebel auf 21 Prozent. Schlusslicht ist Gesundheitsminister Philip Rösler (18 Prozent), der einen deutlichen Ansehensverlust (-13 Punkte) im Vergleich zum Juni hinnehmen muss.

Neben den 6 beliebtesten Kabinettsmitgliedern überwiegen nur bei Ilse Aigner die positiven Bewertungen, so dass insgesamt 8 der 15 Minister eine negative Leistungsbilanz bescheinigt wird, die bei den drei FDP-Ministern Brüderle, Rösler und Westerwelle besonders ausgeprägt ist.



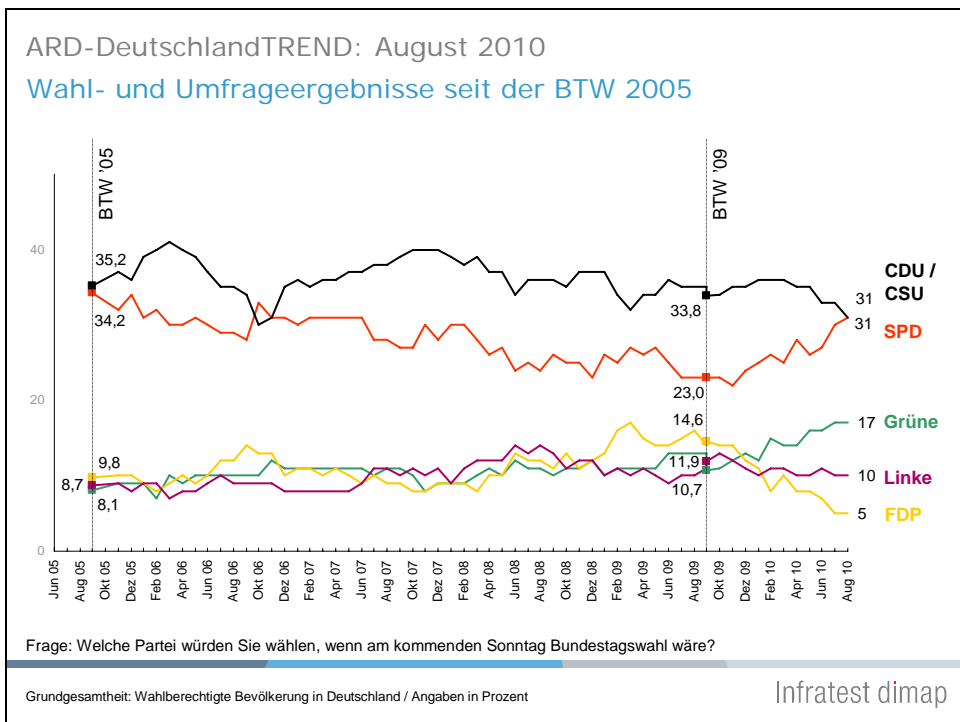
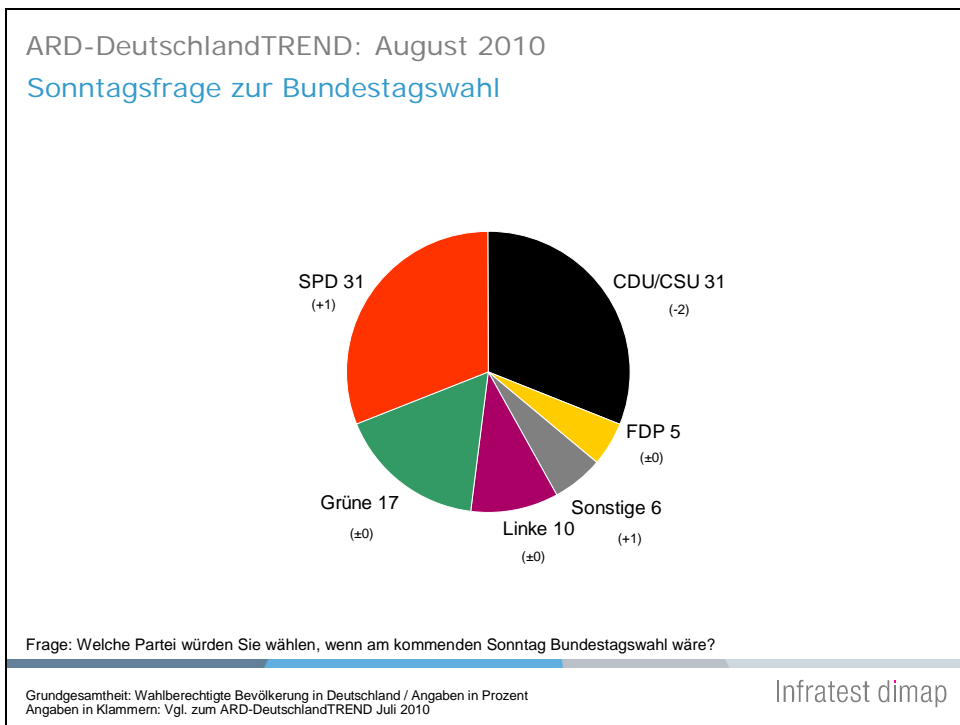
Guter Start ins Amt für Bundespräsident Christian Wulff

Bundespräsident Christian Wulff wird etwa 5 Wochen nach seinem Amtsantritt von den Deutschen sehr positiv beurteilt. Nach so kurzer Zeit traut sich zwar ein Drittel der Befragten noch kein Urteil über seine neue politische Rolle zu. Von denjenigen, die ein Urteil abgeben, erhält der Bundespräsident jedoch sehr gute Noten. Insgesamt zeigt sich die Hälfte der Deutschen (51 Prozent) zufrieden mit seiner Amtsführung, kritische Stimmen sind gering ausgeprägt (17 Prozent). Auch in den Reihen der Oppositionsparteien überwiegen die positiven Bewertungen eindeutig.

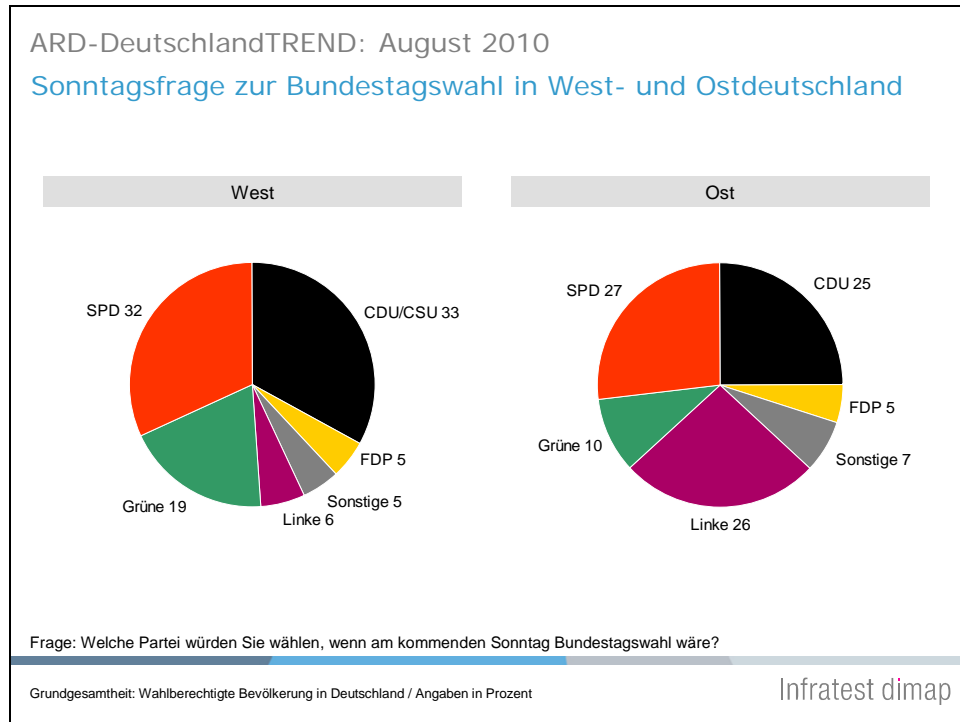


Sonntagsfrage: Union und SPD erstmal seit November 2006 gleichauf

Die Unionsparteien müssten im Vergleich zum Vormonat 2 Punkte abgeben und könnten aktuell bei einer Bundestagswahl mit 31 Prozent Stimmenanteil rechnen. Die SPD legt einen Punkt zu und hätte ebenfalls 31 Prozent in Aussicht. Damit liegen Unionsparteien und SPD erstmals seit November 2006 wieder gleichauf. Die Grünen lägen unverändert bei 17 Prozent, die Liberalen bei 5 Prozent. Die Linkspartei käme auf 10 Prozent. Die Sonstigen würden zusammen 6 Prozent (+1) erzielen.



In den **alten Bundesländern** käme die Union auf 33, die SPD auf 32 Prozent. Die Grünen hätten 19 Prozent, die Linke 6 Prozent in Aussicht. Die FDP käme auf 5 Prozent. In den **neuen Bundesländern** käme die Union auf 25 Prozent. Und die SPD auf 27 Prozent. Die Linke könnte mit 26 Prozent rechnen. Während die Grünen 10 Prozent erzielen würden, käme die FDP auf 5 Prozent.

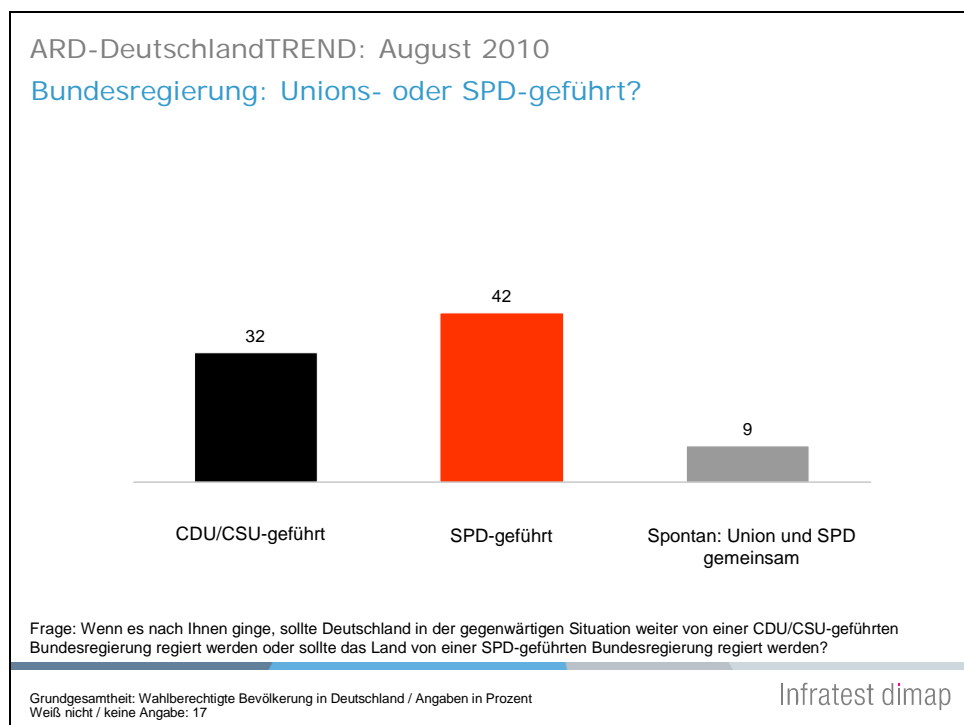


Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Zum einen legen sich immer mehr Wähler immer kurzfristiger vor einer Wahl fest, zum anderen hat die Bedeutung der letzten Wahlkampfphase mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern durch die Parteien zugenommen.

Mehrheit plädiert für eine SPD-geführte Bundesregierung

Der schwarz-gelben Koalition gelingt es derzeit nicht, ihre Beschlüsse zur Verbesserung ihres Erscheinungsbildes erfolgreich umzusetzen. Die aktuellen Debatten zum Beispiel zu den Themen Rentengarantie und Zuwanderung vermitteln weiter einen Eindruck der Zerstrittenheit statt Geschlossenheit. Die wirtschaftliche Grundstimmung hat sich aufgehellt; die Bürger gehen zwar nicht davon aus, dass die Krise bereits ausgestanden ist, sind aber angesichts der guten Daten zur Wirtschaftsentwicklung so positiv gestimmt wie lange nicht mehr. Die Bundesregierung und ihr Spitzenpersonal kommen jedoch nicht aus ihrem Ansehentief heraus und können daher auch nicht von der positiven Entwicklung der Grundstimmung profitieren – im Gegenteil: In der Sonntagsfrage verzeichnen die Koalitionsparteien die geringste Unterstützung seit ihrem Amtsantritt.

Als Konsequenz wünschen sich vier von zehn (42 Prozent) der Wahlberechtigten aktuell einen politischen Wechsel und plädieren für eine SPD-geführte Bundesregierung. Nur drei von zehn (32 Prozent) setzen dagegen weiterhin auf eine führende Rolle der Union, einer von zehn (9 Prozent) votiert spontan für eine Wiederauflage der großen Koalition.



Richard Hilmer
 Reinhard Schlinkert